II. JAHRGANG

JÜDISCHE PRESSZENTRALE ZÜRICH

ZENTRALINFORMATIONSSTELLE FÜR DAS GESAMTE JÜDISCHE PRESSEWESEN

REDAKTION UND VERLAG:
OSCAR GRÜN

JEWISH PRESS NEWS ASSOCIATION

Erscheint 1—2 mal wöchentlich
Jahresabonnement Fr. 12.—, halbj. Fr. 6.—, viertelj. Fr. 3.50



ZÜRICH, SCHWEIZERGASSE 10
TEL.: SELNAU 32 51

BUREAU CENTRAL DE LA PRESSE JUIVE

Postcheck-Konto VIII 5166
Telegramm-Adresse: „PRESSCENTRA ZÜRICH"

Abonnements nehmen sämtliche Postanstalten des In- und Auslandes entgegen.

Nummer 73	31. Dezember 1919	ט' טבת תר"ף	Preis 30 Cts.

Abdruck nur gegen Quellenangabe - Belegexemplare erbeten

Aufschub der zion. Jahreskonferenz und der jüdischen Gelehrtenkonferenz.

Auf einer Sitzung des Aktionskomitees am 22. Dez. in London unter Teilnahme von *Sokolow, Levin, Nordau* u. der anderen dort weilenden Mitglieder des Grossen Aktionskomitees wurde unter Berücksichtigung der Tatsache, dass *die Friedensverhandlungen mit der Türkei unmittelbar bevorstehen* und die Frage der endgültigen Festsetzung des Mandates über Palästina voraussichtlich in der zweiten Januarhälfte definitiv entschieden werden dürfte, was der zion. Leitung unmöglich machen würde zu der für die Jahreskonferenz bestimmten Zeit Paris zu verlassen und mit Rücksicht auf die Unmöglichkeit der Teilnahme an der Jahreskonferenz für die Zionisten Amerikas, Kanadas und Südrusslands beschlossen, die *zionistische Jahreskonferenz für unbestimmte Zeit zu verschieben.* Gleichzeitig wurde auch die jüdische Gelehrtenkonferenz vertagt.

Es wurde auch der Beschluss gefasst, eine Sitzung des Grossen Aktionskomitees für die allernächste Zeit nach London einzuberufen.

Laut einem Telegramm Hermann *Strucks* wird infolge des Ausfallens erwähnter Konferenzen auch die allweltliche Misrachikonferenz statt wie geplant in Zürich, in Amsterdam zusammentreten. Es sind Bestrebungen im Gange, auch diese Konferenz auf einen späteren Termin zu verlegen.

Aus dem gleichen Grunde entfällt natürlich auch die geplante Studentenkonferenz.

Der Vertragsentwurf über Palästina.

Dr. *D. Pasmanik,* Mitglied des Komitees der Jüd. Delegationen in Paris, hatte die Freundlichkeit in einer Unterredung über den Vertragsentwurf über Palästina, der von der Zion. Organisation in London der englischen Regierung unterbreitet worden ist, dem Herausgeber der „Jüd. Presszentrale Zürich" während seines Aufenthaltes in Paris nachstehende Frage zu beantworten:

„Entspricht die jetzige Fassung des Traktates zwischen der englischen Regierung und den Zionisten den meritorischen Notwendigkeiten und den Erwartungen des jüdischen Volkes?"

„Ein wirklicher, d. i. endgültiger Traktat zwischen der englischen Regierung und der Zion. Organisation, existiert, soviel ich weiss, noch nicht. Alles hängt von dem Friedensvertrage zwischen den Alliierten und der Türkei ab, der nicht so schnell zu Stande kommen wird. In der Presse sprach man vor Kurzem darüber, dass diese Verhandlungen erst im März 1920 stattfinden sollen. (Nach den inzwischen eingelaufenen Nachrichten finden diese Verhandlungen bereits im Januar statt „J. P. Z."). Trotzalledem kann man schon jetzt bestimmte Grundsätze feststellen. Die Frage unterscheidet sehr klug zwischen meritorischen Notwendigkeiten und Erwartungen des jüdischen Volkes, was gar nicht dasselbe ist. Sprechen wir zuerst von den letzteren.

Das jüdische Volk, soweit es überhaupt zionistisch denkt, erwartete zwei Dinge: den Judenstaat und die baldige Massenimmigration nach Palästina. Umsomehr, als seinerzeit nach dem Erscheinen der Balfourdeklaration in den jüd. Zeitungen — es wäre sehr interessant festzustellen auf wessen Veranlassung — nicht bloss der Judenstaat, sondern sogar die Namen der Mitglieder der jüdischen Regierung in Palästina annonciert waren. Nun, *einen Judenstaat in Palästina werden wir nicht erhalten,* wie immer auch die Verhandlungen mit der Türkei ausfallen mögen. Davon ist gar keine Rede. Die diesbezügliche Kritik ist vollständig unbegründet und naiv. Nicht etwa wie *Dr. Weizmann* die Sache erklärt: Das Basler Programm verlange gar nicht den Judenstaat. Er vergisst, dass dieses Programm für die autokratische Türkei und nicht für eine Friedenskonferenz geschrieben war, die ja die berühmten 14 Artikel Wilsons verwirklichen sollte. Sondern die Sache ist ganz anders: Der Judenstaat in Palästina ist *viel mehr eine arabische, als eine englische* Frage. Und mit den Arabern haben wir fast gar nicht verhandelt. Kurz und gut: kein Judenstaat. Das wäre kein grosses Unglück für uns. Leider Gottes, wird auch die zweite Erwartung nicht erfüllt werden können: eine Massenimmigration nach Palästina ist in den nächsten Jahren unmöglich, trotz der Pläne des Herrn Trietsch. Wohl sind daran zum Teil äussere Hindernisse schuld, aber die Hauptschuld liegt daran, dass unser Volk für diese Riesenaufgabe unvorbereitet ist. Wir haben weder die riesigen Finanzmittel, noch die notwendige Volksorganisation, die man für die Verwirklichung einer planvollen Massenimmigration nach Palästina braucht. So einen Plan könnte nur das geeinte Volk realisieren und nicht die zion. Organisation, so wie sie jetzt existiert.

Was nun die meritorischen Notwendigkeiten anbetrifft, so kann man darüber nichts Bestimmtes sagen, weil eben noch kein festgelegter Vertrag vorhanden ist. Das Minimum der Notwendigkeiten ist folgendes: 1. Völlige Freiheit der Immigration unter der Kontrolle der Zion. Organisation und 2. Vorzugsrechte auf allen freien Boden und auf die grossen Konzessionen (Häfen, Eisenbahnen, Drainage- und Bewässerungsarbeiten, Exploi-

tation der Mineralreichtümer, Bankwesen u. s. w.). Ich befürchte, dass wir in bezug auf die zweite Forderung zu kurz kommen. Ich bin überzeugt, dass — wenigstens vorläufig — England die Wirtschaft der freien Konkurrenz in Palästina etablieren will und dazu noch für sich das Recht der Kontrolle der Immigration beansprucht. Wir werden somit die Konkurrenz des englischen Kapitals und der arabischen Arbeit zu ertragen haben. Das wird unsere Arbeit erheblich erschweren. Das heisst aber nicht, dass uns die Arbeit unmöglich gemacht wird. Jetzt wie früher hängt die Realisation des zion. Ideals von uns, von der Energie des jüd. Volkes ab. Unser Zweck muss sein, so schnell als möglich in Palästina eine jüd. Mehrheit zu schaffen, d. i. in den nächsten 10—15 Jahren nach Palästina wenigstens 800,000 Juden übersiedeln zu lassen. Dazu brauchen wir ungefähr eine Milliarde Franken und die Energie des ganzen jüd. Volkes. Bevor wir eine Mehrheit in Palästina haben, ist unsere ganze zion. Politik zum grössten Teil „Stadlonus" oder Sentimentalität. Unsere Hauptpolitik muss jetzt vor allem nach innen gerichtet werden, um die verschiedenen Teile des jüd. Volkes einander zu nähern und sie um das eine Ziel — die Kolonisation Palästinas — zu vereinigen. Und dann müssen wir eine weitsichtige und zum verständnisvollen Zusammenarbeiten führende Araberpolitik begründen.

Das ist meine kurze Antwort auf die obengestellte Frage. Es liesse sich noch manches mehr sagen, aber noch ist die Zeit dafür nicht gekommen. Doch ist in meiner Antwort das Wesentliche enthalten."

Guernut über seine Mission in Polen.

Bekanntlich hat die „Ligue française pour la Défense des Droits de l'Homme et du Citoyen" beschlossen, eine Kommission unter Führung ihres Generalsekretärs *Henri Guernut* nach Polen und anderen Oststaaten zwecks Untersuchung der Judenfrage zu entsenden. Anlässlich einer Besprechung mit dem Herausgeber der „Jüdischen Presszentrale Zürich" in Paris äusserte sich *Guernut* über seine Mission u. a. wie folgt:

Nach der Untersuchung der Pogromfrage durch *Morgenthau* als Delegierten der amerikanischen und Stuart *Samuel* seitens der englischen Regierung, erblicke die Ligue des Droits de l'Homme et du Citoyen ihre Aufgabe nicht so sehr darin, auch ihrerseits die Frage der Pogrome neuerdings zu untersuchen, als vielmehr darin, den gesamten Komplex der jüdischen Nationalitätenfrage an Ort und Stelle zu prüfen. In der Ligue des Droits de l'Homme et du Citoyen gibt es wohl einen nicht unansehnlichen Teil von Mitgliedern, die noch immer das Wesen und die Berechtigung der jüd. Nationalität in Zweifel ziehen. Allein es gibt aber auch einen nicht minder beträchtlichen Teil von Mitgliedern, die allen theoretischen Skrupeln das Eine entgegenhalten, dass man einer Sondergruppe von Menschen keineswegs das Recht absprechen darf, sich national zu bekennen u. zw. nach der Richtung, die dieser Gruppe am besten zu entsprechen scheint, bezw. sich als eine separate Nationalität zu deklarieren. Es wird nun jetzt seine hauptsächlichste Aufgabe sein, die tatsächlichen Umstände in dieser Hinsicht zu konstatieren und Klarheit vor der Oeffentlichkeit darüber zu schaffen, ob und inwiefern die jüdischen Massen im Osten eine Sonderexistenz als eigene Nationalität beanspruchen.

Rundschreiben des zion. Palästinadepartements.

Das Palästinabüro des Exekutivkomitees der Zion. Organisation in London veröffentlicht ein an die zion. Föderationen gerichtetes Zirkular über die Palästinaarbeit, dem die „J. P. Z." folgendes entnimmt:

Nach einer Reihe von Beratungen sind wir jetzt in der Lage, über den gegenwärtigen Stand unserer Palästinaarbeit und die Aufgaben, die unser harren, einen Ueberblick zu geben. Einleitend muss betont werden, dass Palästina noch immer ein militärisch besetztes Land ist, und dieser abnormalen Lage haben wir Rechnung zu tragen. Vor allem müssen wir trachten, jetzt die Grundlage für unsere künftige Niederlassungsarbeit zu legen. Die Erhaltung und Entwicklung der vorhandenen Aktivität und der Schutz aller Interessen des *Jischub* ist eine Aufgabe von solcher Bedeutung, dass beschlossen wurde, die Zion. Kommission in Palästina zu reorganisieren, sie durch Beiordnung einiger unserer besten Kräfte zu stärken und durch eine entsprechende Vertretung des Jischub sie in engeren Kontakt mit der Bevölkerung zu bringen.

Was die *Niederlassungsbewilligung* betrifft, wurde diese für den Grossteil derjenigen erreicht, die schon früher in Palästina ansässig waren, sodann für fast alle zur Vorbereitungsarbeit erforderlichen Kräfte, für Berufsleute, die bereits im Lande gebraucht werden, und für Personen die imstande sind, jüd. Arbeitern den Lebensunterhalt zu verschaffen.

Bei Förderung der Bautätigkeit, wird vor allen Dingen auf Befolgung einer gesunden *Baupolitik* geachtet, was vor allem durch den Nationalfonds erreicht werden kann, indem *Hypothekar-Kredite* nur dann gewährt werden, wenn gewisse hygienische und ästhetische Prinzipien befolgt und mässige Mietzinse festgesetzt werden. Einen wichtigen Teil des künftigen Finanzplanes werden die Bestimmungen der *Hypotheken-Kontrolle* bilden. Schaffung zuverlässiger Grundbücher neben moderner Hypothekargesetzgebung ist hier eine elementare Forderung.

Eine wichtige Voraussetzung für die jüd. Einwanderung ist die Inangriffnahme *öffentlicher Arbeiten* grossen Stils. Diese Arbeiten machen das Land für eine grössere Zahl von Immigranten aufnahmefähig. Von grundlegender Bedeutung ist hierbei jedoch, dass die Arbeiten unter öffentliche Kontrolle gestellt werden und dass Privat-Monopole dabei ausgeschaltet sind. Unser Plan ist daher, dass die Inangriffnahme dieser Arbeiten in die Hände unserer vertretenden Körperschaften gelegt werde. Dieser Teil unserer Aufgabe erschien uns so wichtig, dass wir vor einiger Zeit eine Experten-Kommission nach Palästina gesandt haben, um die Notwendigkeit dieser öffentlichen Arbeiten und die besten Ausführungsmöglichkeiten an Ort und Stelle zu studieren.

Es genügt aber nicht, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Eine nicht minder wichtige Aufgabe besteht darin, die Lebensweise der Massen und der einwandernden Arbeiter zu verbessern. Wir müssen den Arbeitern daher die Möglichkeit geben, *kooperative Organisationen* zu bilden, die Arbeitskontrakte abschliessen können. Sie sind dazu bestimmt, eine wichtige Rolle zu spielen sobald sie entsprechende Aufträge und Handwerkerbanken hinter sich haben. Dies wird den jüd. Arbeitern ermöglichen mit privaten Unternehmungen und den einheimischen Arbeitskräften zu konkurrieren. Die jüd. *Handwerkerschaft* in Palästina steht noch auf einer primitiven Stufe.

Jede Anstrengung muss daher gemacht werden sie ehestens für die ihnen bevorstehende grosse Aufgabe reif zu machen. Auch hier könnte die erwähnte Bank viel leisten, indem sie Handwerkergruppen die Möglichkeit verschafft sich die nötigen Werkzeuge und moderne Maschinen anzuschaffen.

Wir müssen ferner danach streben, eine Gesetzgebung zu erlangen, die eine möglichst intensive *Landwirtschaft* sichert und verhindert daß bebaubares Land brach liegt. Große Besitztümer müssen eingeschränkt werden. Aller Bodenbesitz in Palästina, der ohne Ungerechtigkeit gegen die vorhandenen Landbebauer zu unserer Verfügung gestellt werden kann, muß für die jüd. Kolonisation nutzbar gemacht werden. Es muß alles geschehen um Bodenspekulation zu verhindern. Alle aus öffentlichen Arbeiten entstehenden Verbesserungen des Bodens sollen der jüd. Gemeinschaft als solcher gesichert werden. In dem beigefügten Finanzbericht wird die Frage der Kapitalbeschaffung und der Hypotheken behandelt werden. Eine Flugschrift betitelt: „Prinzipien zur Richtschnur von Niederlassungsgruppen" ist veröffentlicht worden, um Privatkapital für den Landankauf zu werben und zur Sicherung des Wohlergehens der Kolonisten. Das Bedürfnis hierzu ist dringend, umsomehr, als wahrscheinlich demnächst einige der Einschränkungen des Landverkaufs aufgehoben werden dürften.

Wir unterscheiden zwei Arten von Niederlassungen, den *Kleinbesitz* (Meschek) für solche die ihr Land selbst bebauen und *Plantagen* (Achusoth), für solche die nur Taglöhner beschäftigen. Während die Achusoth mit Hilfe von Privatkapital den Boden erwerben, soll der Nationalfonds in weitestem Maße für die jüd. Kleinbauern verwendet werden. Dazu müßte der Nationalfonds vermehrt werden. Wenn der Fonds eine Jahreseinnahme von einer Million Pfd. erreicht, werden wir in der Lage sein alles Land zu erwerben, das wir für die jüd. Niederlassung brauchen.

Wir schätzen das Kapital, das ein kleiner Pächter haben muß auf mindestens 200 Pfd. und das eines Plantagenbesitzers auf 2000 Pfd. Diese Zahlen sind das Resultat sorgfältiger Berechnungen.

Es ist klar, daß je größer die Mittel sind, die für die vorbereitende Arbeit zu unserer Verfügung stehen, desto größer die Zahl der Immigranten sein wird, die das Land zu fassen vermag. Wenn die natürlichen Hilfsquellen des Landes erschlossen sind, haben wir die nationale Basis für unsere künftige Entwicklung gelegt. Unsere Kolonisationsarbeit wird ungeheure Kapitalien verlangen. Wir werden unser Volk auffordern, den großen historischen Moment zu erfassen und jedes Opfer zu bringen, damit die Hilfsmittel sich den Schwierigkeiten und der Größe der Aufabe gewachsen zeigen, der Freiheit und der Zukunft willen.

(Die beiden Anhänge des Rundschreibens über die wegweisenden Grundsätze für die Ansiedlergruppen und die finanziellen Vorbereitungen, bringen wir aus Raummangel erst in der nächsten Nummer. J. P. Z.)

Der Pogrom in Kiew.

Die „Jüd. Presszentrale Zürich" hat die erste Liste der beim Pogrom in Kiew vom 16.—20. Okt. ermordeten Juden erhalten. Die Liste umfaßt 121 Namen. Wegen Raummangel müssen wir von der Veröffentlichung der Namen absehen; die Liste liegt für Interessenten zur Einsichtnahme in unserer Redaktion auf.

Chronik.

Polen.

Der Doppelruhetag für die Juden beschlossen.

Aus Warschau wird der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet: Am 18. Dezember trat der polnische Reichstag zu einer kurzen, auf nur 2 Tage berechneten Session zusammen, um das Exposé des neuen Premiers entgegenzunehmen und eine Reihe von Gesetzesentwürfen durchzupeitschen. Gleich am ersten Tage fiel die endgiltige Entscheidung über das für das jüd. Wirtschaftsleben so katastrophale Sonntagsruhegesetz. Noch in letzter Stunde versuchten die jüd. Abg., sich der Annahme entgegenzustemmen. Abg. *Farbstein* hielt eine wirkungsvolle 3/4 stündige Rede. Den anderen beiden zum Worte gemeldeten jüd. Abgeordneten, Rabb. *Halpern* und *Nomberg*, wurde das Wort abgeschnitten. Der jüd. Sozialistenführer, Dr. *Diamand*, der behauptet hatte, daß der Abg. *Perl* nur infolge seiner Abwesenheit so scharf gegen die von den jüd. Abg. vorgeschlagenen Aenderungen auftreten konnte, erwirkte für die Sozialisten die Befreiung vom Klubzwang bei der Abstimmung. Aber auch bei der von Dr. Diamand als berechtigt anerkannten Forderung, in Werkstätten bei geschlossenen Türen Sonntags arbeiten zu dürfen, stimmten blos drei Sozialisten für den Antrag des jüd. Klubs. Selbst die jüd.-assimilatorischen Abgeordneten Ostgaliziens — nicht gewählte sondern ernannte „Volksvertreter" — hielten es nicht für nötig, bei dieser Abstimmung ihre Solidarität mit dem jüd. Volke zu bezeugen. Somit fiel auf der ganzen Linie die Entscheidung gegen die Juden. Von welcher ruinösen Wirkung dieses Gesetz für die polnische Judenheit ist, beweisen die zirkulierenden Gerüchte, daß die jüd. Abg. ihre Mandate niederlegen wollen. Vorderhand scheint es jedoch dazu nicht zu kommen. Die ungeheure Erregung entlud sich in dem impulsiven Ausruf des Abg. Grünbaum: „Jetzt habt ihr euch Wilna, Minsk und Ostgalizien verscherzt". Diese Worte machten starken Eindruck, ohne daß es zu den sonst bei jüd. scharfen Zwischenrufen üblichen Skandalen gekommen wäre, da auch die Polen scheinbar der Erregung der Juden Verständnis entgegenbrachten.

Wie unsere Freiheit aussieht.

Unter diesem Titel berichtet der Warschauer „Kurjer Nowy" vom 17. Dez., daß die Vertreter der jüd. Volkspartei in Czenstochau vom dortigen Bezirkshauptmann folgende Benachrichtigung erhalten haben: „Mit Rücksicht darauf, daß das Ministerium des Innern laut Nr. 2985 auf Grund des Artikels 6 des vorläufigen Vereinsgesetzes die Registrierung des Vereins „Jüdische Volkspartei in Czenstochau" verboten hat, ersuche ich um sofortige Unterbrechung aller Tätigkeit dieses Vereines.

— Das in den Mittelschulen gebrauchte Lehrbuch der Geographie von T. Radlinski enthält verschiedene Stellen, die weniger geographischer als politischer Natur sind. Es wird darin versucht, den Schülern die falsche Meinung beizubringen, dass die Juden den Mittelstand in Polen ruiniert hätten, und dass sie darnach streben, ein jüdisch-polnisches Reich aufzurichten. Der jüd. Reichstagsklub wandte sich daher an das Unterrichtsministerium in einem Schreiben, worin betont wird, dass ein Schulbuch den Schülern ausschliess-

lich Tatsachen zu vermitteln und bei ihnen Nächstenliebe zu erwecken habe, jedoch nicht dazu da sei, um den politischen Boykott zu fördern und die kindliche Seele mit Rassenhass zu vergiften. Die jüd. Abgeordneten ersuchen deshalb um Eliminierung derartiger Lehrbücher aus den Schulen.

— Auf Grund eines Briefes des Rabbiners von Neu-Sandez über die Lage der Galizianer in Ungarn intervenierte der Klub der jüd. Abgeordneten im Aussenministerium. In der eingeschickten Antwort erklärt das Ministerium, dass die poln. Gesandtschaft in Ungarn mehrmals bei der ungarischen Regierung vorstellig geworden sei, um die Lage der galizischen Juden zu verbessern. Bezüglich der im Briefe erwähnten Tatsachen wird nach Einlangen genauerer Berichte unverzüglich eine Intervention eingeleitet werden.

— Die Posener „Neueste Nachrichten“ berichten, daß seit dem Abzug der Deutschen mehr als tausend jüd. Familien, d. h. gegen 10% aus Posen nach Deutschland ausgewandert sind. Trotzdem hat der Prozentsatz der Juden in Posen nicht abgenommen, da viele Juden aus Kongreßpolen nach Posen übersiedelt sind.

— Am 17. Dez. fand in *Lodz* die feierliche Eröffnung des Seminars für jüd. Lehrer und hebräische Kurse statt. Das Seminar, in dem der Unterricht schon begonnen hat, zählt 70 Schüler.

— Dieser Tage hat *Dr. Margosches* als Vertreter des amerikanischen Verlages „Yiddisch“ mit den Erben des Dichters *Perez* einen Vertrag abgeschlossen, wonach genannter Verlag für die Dauer von 5 Jahren an allen Werken von Perez das Veröffentlichungsrecht erwirbt. Die Erben von Perez, d. h. seine Witwe und die Witwe seines Sohnes, erhalten dafür nach der jetzigen Valuta ungefähr 250,000 Mark.

— In den von dem amerikanisch-jüdischen Lebensmittel-Komitee gegründeten Milch-Ausschankstellen werden den Kindern Warschaus täglich 40.000 Glas Milch verabreicht.

Ukraine.

Das ukr. Pressbüro meldet: Auf Grund der jüngst erfolgten Erklärung Lansings, dass die Juden in der Ukraine dem Schutze der Vereinigten Staaten unterstellt seien, hat die ukrainische Regierung folgende Erklärung erlassen: Die Uebernahme des Schutzes der auf dem ukrainischen Staatsgebiet wohnenden Judenschaft durch die Vereinigten Staaten erfüllt die ukrainische Regierung mit der grössten Genugtuung. Sie ist sich wohl bewußt, dass sie trotz dem besten Willen mit den eigenen geschwächten Hilfsmitteln nur unzureichend dazu imstande ist, da einerseits die aufgezwungene Abwehr gegen den Einbruch feindlicher Armeen ihr die Möglichkeit nimmt, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, und anderseits sich die Feindschaft gegen das Judentum fast ausschliesslich auf das durch die Invasion der Machtsphäre der ukrainischen Verwaltung entzogene Gebiet beschränkt. *Petljura* wies die Auslandmissionen an, sich mit ihren Regierungen in Verbindung zu setzen, damit sie die nötigen Massnahmen treffen, um dem mit der Durchführung des genannten Beschlusses betrauten amerikanischen Beamten seine Aufgabe zu ermöglichen. (Soweit uns bekannt ist, hat die amerikanische Regierung niemals erklärt, dass sie den Schutz der Juden in der Ukraine übernehme. Lansing erklärte nur einer Delegation des amerikanisch-jüdischen Kongresses, die bei ihm wegen der Pogrome intervenierte und um Schutz nachsuchte, dass die ganze zivilisierte Welt sich dem Protest der Juden anschliesse. Die Vereinigten Staaten suchten einen Ausweg wie diesen Grausamkeiten ein Ende zu bereiten sei. Leider herrsche dort aber ein solches Chaos, dass gar keine Rede davon sein könne, dort eine feste Regierung zu schaffen „J. P. Z.“).

— Die Schwester des bekannten verstorbenen Zionisten Ing. *N. Syrkin* ist nach Ueberwindung vieler Schwierigkeiten aus Kiew in Warschau eingetroffen, und veröffentlicht in den dortigen Zeitungen nähere Berichte über die trostlosen Zustände in Kiew.

— Am 27. Nov. haben sich auf dem Schiffe „Russlan“ 600 Personen aus Odessa nach Jaffa begeben (siehe „J. P. Z.“ No. 69). Am Abschiedsbankett nahm ausser den Vertretern der jüd. Gemeinde auch der engl. Konsul teil. Beim Verlassen des Hafens hisste das Schiff die blauweisse Fahne.

Litauen.

Demission des Unterstaatssekretärs Rosenbaum.

Der Kownoer J.-Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich“ berichtet: Der litauische Politiker und bekannte Zionist S. *Rosenbaum* hat seine Demission als Mitglied der litauischen Regierung eingereicht. Er bleibt jedoch weiterhin Mitglied der Taryba. Zu gleicher Zeit wurde Rosenbaum von der litauischen Regierung mit der Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfes für die litauische Republik betraut. Auch auf anderen Gebieten ist Rechtsanwalt Rosenbaum legislatorisch tätig. Ebenso verlautet, daß auch der andere jüd. Vizeminister Dr. *Rachmilewicz* demnächst seine Demission einzureichen gedenkt. Inwieweit diesen Rücktritten politische Meinungsverschiedenheiten mit der neuen Regierung zugrunde liegen, lässt sich nicht feststellen.

Am 4. Januar findet in Kowno eine Konferenz der jüd. Gemeinden des unbesetzten Litauens statt. Auf der Tagesordnung stehen wichtige Punkte, darunter auch die Frage des wirtschaftlichen Wiederaufbaues des jüd. Lebens in Litauen, für welchen Zweck die amerikanischen Juden 2 Millionen Mk. zur Verfügung stellten. Ausserdem wird dort auch die Frage der jüd. Autonomie und des Rechtes der Gemeinden auf Besteuerung der jüd. Bevölkerung behandelt werden. Das Gesetz, das der Minister für jüd. Angelegenheiten ausgearbeitet und dem Ministerrat unterbreitet hat, nach welchem den jüd. Gemeinden das Recht auf Besteuerung zustehen soll, dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach vom Ministerrat angenommen werden.

Die Kommission für das Studium des wirtschaftlichen Wiederaufbaus des jüd. Lebens in Litauen, hat zur Durchführung der Studien in der Provinz, die Herren Ing. N. B. *Joffe*, Ing. *Baumstein*, S. *Epstein* und *Weinstein* zu Instruktoren gewählt, die sich am 10. Dez. in die in 4 Rayone geteilte Provinz begeben haben.

— Als Ergänzung zu seiner in No. 70 abgedruckten Berichtigung ersucht uns Dr. Nathan *Birnbaum* um die Feststellung, daß alle Berichte der Wilnaer und Warschauer-Presse über seinen Vortrag auf einen Bericht der Kownoer „Jüdischen Stimme“ zurückzuführen sind, die eben die berüchtigte Stelle zum ersten Mal enthielt. Die angebliche Aeusserung sei übrigens um so

plumper und gewissenloser erfunden, als er sowohl in seinen Schriften — so namentlich in „Gottes Volk" — als auch in seinen Vorträgen, jede Bekehrungsabsicht stets auf das Brüskeste abgelehnt habe.

Wir veröffentlichen gerne diese Nachtragsbemerkung Dr. Birnbaums — natürlich auf seine eigene Verantwortung hin — ohne jedoch selbst feststellen zu können, inwieweit die Berichte der Wilnaer und Warschauer Zeitungen tatsächlich auf Entlehnungen aus der Kownoer „Jüdische Stimme" und nicht auf eigenen Korrespondenzen fussen.

— Am 13. Dez. fand in *Wilna* unter Vorsitz von Rabb. *Grodzensky* und in Anwesenheit von ungefähr 60 Rabbinern und anderen Notabeln die Gründungsversammlung der Agudas Jisroel-Organisation statt.

Tschecho-slovakischer Staat.

Der „Jüd. Presszentrale Zürich" wird berichtet: Samuel *Bettelheim* ist in das Exekutiv-Komitee der Zionistischen Organisation für die Slovakei gewählt worden und hat eine Propagandatour in der Slovakei unternommen. Am 13. Dezember sprach Bettelheim in Igló, wo sich eine grössere Ortsgruppe konstituierte und bedeutende Beträge für zionistische Zwecke gezeichnet wurden. Am 14. Dezember fand eine Propagandaversammlung in Késmárk statt, wo ebenfalls ein guter materieller Erfolg erzielt wurde. In beiden Versammlungen betonte Bettelheim die Notwendigkeit des Zusammenschlußes zu einer gemeinsamen Palästinaarbeit, den Ernst der Lage der Juden im Galuth und hob die Verdienste des amerikanischen Judentums um den Erfolg des Zionismus hervor.

— Die jüd. Akademiker aus der Slovakei in Prag haben zur Förderung ihrer sozialen und kulturellen Interessen den Verein jüd. Akademiker „Makkabäa" gegründet.

Bukowina.

Die Auflösung des Jüdischen Nationalrates in der Bukowina.

Der G. Korrespondent der „Jüdischen Presszentrale Zürich" berichtet:

Anstatt den Weg der gerechten Ausführung des von ihr eben erst unterfertigten Friedensvertrages einzuschlagen, hat die rumänische Regierung es damit angefangen, daß sie die Nationalräte in der Bukowina aufgelöst hat. Das offizielle Motiv für die Auflösung des Jüd. Nationalrates lautet, *daß Delegierte dieser Institution sich an den Arbeiten des Komitees der Jüd. Delegationen in Paris beteiligen.*

Das „Czernowitzer Montagsblatt" erfährt von gutinformierter Seite, daß die Bukowinaer Landesadministration als auch die rumänische Zentralregierung auf Grund des Dekretes vom 18. Dez. 1918 und des Wahlgesetzes vom 24. August 1919 nur die in das rumänische Parlament gewählten Abgeordneten, also die Herren Hecht und Lir, als offizielle Vertreter der Juden anerkennt. Sowohl die Bukowinaer Landesadministration als auch die Zentralregierung in Bukarest betrachten übrigens sämtliche Nationalräte als aufgelöst und nicht bestehend. Die Delegierten, welche der Jüdische Nationalrat nach Paris entsendet hat, seien ohne Wissen der Administratia Bucovinei und der Zentralregierung abgereist.

Die in Czernowitz erscheinende sozialistische Tageszeitung „Vorwärts" bemerkt dazu in ihrer Nummer vom 17. Dez. daß der Jüd. Nationalrat früher beständig als offizielle Vertretung der Juden angesehen wurde, und daß er z. B. offiziell zweimal zu Feierlichkeiten geladen worden ist. Der Minister hat ihm noch knapp vor der Wahlausschreibung mitgeteilt, daß der Nationalrat bei der Nationalisierung der Schulen werde gehört werden, und das bedeute doch gewiß eine Anerkennung.

Die roten Bestien.

Der Czernowitzer „Vorwärts" vom 19. Dezember schreibt: „Wir hatten bereits Gelegenheit von den infamen Plakaten zu berichten, mit denen die Liberalen Pogromstimmung machen (s. „J.P.Z." Nr. 71). Sowohl General *Vaitoianu* als auch der gegenwärtige Premier haben erklärt, daß diese Plakate nicht geklebt werden dürfen. Wie wir nun hören, sind auch in Czernowitz solche Plakate vereinzelt angebracht. Wir fordern ihre sofortige Entfernung, zumal die Photographien nicht die ihrer angeblichen Träger sind. So ist es festgestellt, daß ein Bild das eines Generalssohnes ist."

Deutschland.

Ein Ministerialerlaß über die eingewanderten Ostjuden.

Der Minister des Innern hat kürzlich einen Erlaß gegen die Einwanderung aus dem Osten herausgegeben, der auch die ostjüd. Einwanderung behandelt. Nach allgemeinen Ausführungen über die möglichste Einschränkung der Einwanderung heißt es: „Zurzeit und bis auf weiteres verbietet es sich aus Gründen der Menschheit, die im Lande bereits befindlichen Ostjuden, selbst wenn sie unter Umgehung der Grenzsperre und ohne im Besitze der vorgeschriebenen Legitimationspapiere und der Einreiseerlaubnis eingewandert sind, zwangsweise in ihre Heimat zurückzuweisen, weil sie dort nach Lage der Verhältnisse vielfach unmittelbaren Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt wären. Voraussetzung der Duldung ist in jedem Falle der Nachweis eines Unterkommens und einer nutzbringenden Beschäftigung. Fehlt eine dieser Voraussetzungen, so ist die Ausweisung grundsätzlich gerechtfertigt. Zur Vermeidung von Härten soll jedoch dann von ihr abgesehen werden, wenn eine der anerkannten jüd. Hilfsorganisationen die Fürsorge für die Betreffenden derart übernimmt, daß er der öffentlichen Armenpflege oder der Erwerbslosenfürsorge nicht zur Last fällt. Vor jeder Ausweisungsverfügung und in Aussicht genommener Zwangsabschiebung ist den jüd. Fürsorgeorganisationen Gelegenheit zu geben, die Interessen des Betroffenen wahrzunehmen. Soll die Ausweisung wegen Arbeitslosigkeit erfolgen, so ist sie erst dann statthaft, wenn der jüd. Fürsorgeorganisation eine angemessene Frist zur Beschaffung von Arbeit für den Beteiligten gesetzt worden und diese Frist fruchtlos verstrichen ist. Alle Personen, die im Widerspruch zu diesen Vorschriften festgenommen sind, sind in Freiheit zu setzen. Ausweisungen, die bereits verfügt sind, dürfen nur ausgeführt werden, wenn die Ausweisung nach den vorstehenden Grundsätzen zulässig ist. Die im allgemeinen Interesse wünschenswerte schnelle Unterbringung beschäftigungsloser jüd. Arbeiter in geeignete Arbeitsstellen ist dadurch erschwert worden, daß es nach den bestehenden allgemeinen Verordnungen zu ihrer Beschäftigung der jedesmaligen Genehmigung des Regierungspräsidenten, bei landwirtschaftlichen Arbeitern des Landrats bedarf . . . Zur Ver-

meidung der oben erwähnten Schwierigkeiten wird deshalb bestimmt, daß bei solchen ostjüd. Arbeitern, deren Einstellung durch Vermittlung einer der genannten Hilfsorganisationen erfolgt, die besondere Genehmigungspflicht fortfällt, sofern in den betreffenden Betrieben im ganzen nicht mehr als zehn ausländische Arbeiter beschäftigt werden. Jedoch ist die Einstellung von der vermittelnden Hilfsorganisation alsbald dem Regierungspräsidenten bezw. dem Landrat anzuzeigen.

Staatliche Unterstützung leistungsschwacher jüdischer Gemeinden.

Die vom „Verband der Deutschen Juden" seit Jahren unternommenen Bemühungen um die Bewilligung staatlicher Mittel für die Unterstützung leistungsschwacher Kultusgemeinden haben nunmehr zu einem Erfolge geführt. Auf eine neuerdings vom Verbande mit Bezug hierauf an die preussische gesetzgebende Landesversammlung gerichtete Eingabe hat der Haushaltungsausschuß der Landesversammlung beschlossen, dieser zu empfehlen, die Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Dieser Antrag ist nun von der Landesversammlung in der Plenarsitzung vom 12. ds. Mts. mit allen Stimmen gegen die der Unabhängigen Sozialdemokratie angenommen worden.

— Infolge Verkehrsschwierigkeiten wurde die für den 25. Dezember angesetzte Konferenz der Vertrauensleute des Nationalfonds auf den 4. Januar verschoben.

Frankreich.

Protest der Liga für Menschenrechte gegen die Ausweisung der galizischen Juden aus Wien.

„Humanité" vom 27. Dez. schreibt: Man erinnert sich des ergreifenden Aufrufes, der unlängst in unseren Spalten zugunsten der galizischen Juden in Wien erschienen ist. Die Liga für Menschenrechte protestiert gleich uns gegen die Ausweisung dieser obdachlosen Unglücklichen. Sie verlangt von der französischen Regierung, daß sie die Ausführung eines Beschlusses, welcher mitten im Winter, in einem von der Hungersnot heimgesuchten Lande einer Niedermetzelung gleichkäme, nicht zulassen möge. Wir schicken Brot nach Wien: es soll für alle genug sein. So will es die Gerechtigkeit!

Vom nationaljüdischen Leben in Straßburg.

Der Straßburger S-Korrespondenten der „J. P. Z." schreibt: In den ersten Monaten nach der Besetzung Elsaß-Lothringens durch die Franzosen war ein gewisser Stillstand im jüdischen Leben eingetreten. Nur einzelne Jugendorganisationen setzten ihre Arbeit fort. Die zion. Ortsgruppen sowie die Agudas Jisroel stellten ihre Arbeit so gut wie vollständig ein und die Unitas-Logen wurden aufgelöst. Infolge dieses vollständigen Stillstandes in der jüd. Altersarbeit zentralisierte sich das jüd. Leben hauptsächlich auf die Hatikwah-Bünde (Jüd. Wanderorganisationen) in Straßburg, Metz, Mühlhausen und einigen kleineren Landstädtchen im Elsaß, sowie auf den Zion. Jugend-Bund in Straßburg. Dank der unermüdlichen Arbeit des Herrn *Jean Schrammeck* gelang es schliesslich auch, wieder neues Leben in die Straßburger Judenheit zu tragen, und nachdem *André Spire* einen Propagandavortrag gehalten hatte, ging ein Erwachen durch die Reihen der elsäßischen und lothringischen Juden. Die zion. Studenten schlossen sich zum „Cercle des Étudiants Sionistes" zusammen, eine Misrachi-Gruppe wurde gegründet und Herr *Leopold Metzger* hielt bereits eine beifällig aufgenommene Propagandarede für den Misrachi. Mit den Vorarbeiten zur praktischen Renaissance der zion. Ortsgruppe wurde begonnen. Die Herren *Jean Schrammeck* und *Bicard* wurden als Vertreter der Zionisten in Elsaß und Lothringen auf die Konferenz der französischen Zionisten nach Paris geschickt, über deren Ergebnis Herr Schrammeck an einem von dem Groupement local sioniste und der Société de la Jeunesse sioniste in Straßburg veranstalteten Abend Bericht erstattete. Es besteht heute für die elsäßischen und lothringischen Juden die Möglichkeit und die Pflicht, das geistige Zentrum des französischen Judentums zu werden.

— Seit der Gründung einer Misrachi-Gruppe in Straßburg, welche im Sommer dieses Jahres erfolgt ist, hat sich der Misrachi im Elsaß in günstiger Weise entwickelt. Die Straßburger Gruppe selbst ist in ständigem Wachsen begriffen; außerdem hat der Misrachi-Gedanke auch in den Gemeinden des Landes Fuß gefaßt. In den letzten Wochen sind in Waßelheim, Oberehnheim u. Ingweiler Ortsgruppen gegründet worden."

England.

Das engl. Kriegsministerium teilt offiziell den Armeebefehl Denikins mit, in dem es heißt: „Ich erhalte fortwährend Meldungen über Gewalttaten, die seitens der Armee gegen Juden begangen werden. Ich befehle entscheidende Mittel gegen ein derartiges Vorgehen zu ergreifen und die Verbrecher schwer zu bestrafen."

— Das Exekutiv-Komitee der Zion. Organisation in London gibt bekannt, dass mit Ende dieses Jahres das Kopenhagener zion. Bureau seine Tätigkeit einstelle. Damit entfällt auch das weitere Erscheinen der Kopenhagener „Mitteilungen."

London. Der bisherige Leiter des Kopenhagener zion. Büros Dr. *Bernstein*, ist nach kurzem Aufenthalte in Paris, in London eingetroffen.

Italien.

Mit Bezug auf unsere in Nr. 69 gebrachte Nachricht über die Rückkehr von 80 Juden, die sich via Triest nach Palästina begeben haben, werden wir um die Mitteilung ersucht, daß die Rückkehrer Passagiere der Jüd.-Palästin. Reise- und Transport-Gesellschaft Wien, Praterstr. 9, gewesen sind.

Griechenland.

Die Alliance und die jüd. Gemeinde von Saloniki.

Die in Saloniki erscheinende „La Renaissance Juive" veröffentlicht in ihrem spaniolischen Teil an leitender Stelle unter obiger Ueberschrift folgenden Artikel: Als vor 50 Jahren die Alliance ihre ersten Schulen im Orient gründete, war es die Absicht ihrer Leiter, das intellektuelle Niveau der Juden in der Türkei und Nordafrika zu heben. Und man kann sagen, daß die Juden des Orients ihre Bildung der Alliance zu verdanken haben. Das Programm der Alliance-Schulen und besonders der in Saloniki war den früheren Zeiten angemessen und diese Schulen trugen zur geistigen und materiellen Entwicklung der dortigen Juden viel bei.

Nach dem Tode der Begründer der Alliance kamen jedoch neue Leiter an die Spitze der Institutionen, die

es sich zur Aufgabe machten, das zu zerstören, was die Begründer gebaut hatten. Sie versuchten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln das Schulprogramm zu ändern, und dank ihren „Vertrauensmännern“ gelang es ihnen, in ihrer widerwärtigen Aktion aus den Alliance-Schulen Zentren des Verderbens der jüdischen Jugend zu machen. Die jüd. Kinder, die die Alliance-Schulen verlassen haben, waren ihrem Volke in vollem Sinne des Wortes entfremdet. Die Alliance wollte nicht mit der nationalen Bewegung rechnen. Die bulgarischen Zionisten waren die ersten, die die Alliance bekämpften und in kurzer Zeit ihre Gemeinde von deren Schulen befreiten. Aber die Saloniker Juden wollten nicht die Zukunft vorraussehen. Sie begnügten sich damit, ihre Kinder eine oder zwei Sprachen lernen zu lassen, um ein kleines Bureau oder einen kleinen Laden aufmachen zu können. Diese schamhafte Gleichgiltigkeit unserer Gemeinde dem Schulproblem gegenüber, droht nun gefährliche Folgen zu zeitigen.

Die Alliance-Schulen sind die Hauptzentren, in welchen unsere Kinder ihre Bildung erhalten. Die Direktoren dieser Schulen arbeiten wie wir es sehen, gegen die Interessen des Judentums. Saloniki in seinem gegenwärtigen Zustande bedarf höherer Schulen, die dem Geiste unserer jüd. Massen entsprechen, und in denen unsere Jugend eine befriedigende Bildung erhalten soll.

Heute kann uns die Pariser Alliance mit ihrem uns aufgedrängten Programm, das unseren Bedürfnissen nicht angepaßt ist, nicht mehr befriedigen. Werden wir fortfahren, gleichgiltig zu sein, und ist nicht die Stunde gekommen, ernst an die Zukunft unserer Jugend zu denken? Mit welchem Recht läßt die Gemeinde die Alliance-Schulen in den Händen eines unverantwortlichen Komitees? Wir halten die Stunde für gekommen, daß die Gemeinde selbst die Verantwortung für die Schulen der Alliance, übernimmt. Sollten sie jedoch uns nicht fügen wollen, so müssen wir daran denken, so schnell wie möglich, von diesen Schulen und deren Repräsentanten loszukommen.

— Die „Agence d'Athènes“ telegraphiert der „Jüd. Presszentrale Zürich“: In der Kammer erklärte Abg. Dr. *Goffinas* seinen Prostest gegen die Verbrechen, die in einigen Ländern des östlichen Europa gegen die jüd. Bevölkerung begangen werden und bittet den Minister des Aeussern diesbezüglich den Ausdruck des Tadels, der zivilisierten Welt gegenüber zur Kenntnis zu bringen. *Politis* erklärte, daß der Wunsch des Redners den ausländischen Parlamenten durch das Bureau der Kammer übermittelt werden wird. Was die Regierung betrifft, so erklärt der Minister, vollständig mit dem Protest des Abg. einverstanden zu sein und daß jedesmal, wenn die Gelegenheit sich bot, der Präsident des Ministerrates selbst nicht verfehlt hat, seine Bemühungen mit denjenigen der anderen Regierungen zum Schutz der Juden zu vereinigen. Der Minister erinnert an die wohlwollende Haltung der Regierung den Juden gegenüber und an seine Sympathien für die Anstrengungen der Juden, um die Wiederherstellung Palästinas.

Türkei.

In Konstantinopel hat sich eine jüdische Gesellschaft gebildet, zwecks Gründung einer Bank in Palästina; das Kapital soll eine halbe Million Pfd. St. betragen.

Amerika.

Führende jüdische Persönlichkeiten mit *Jakob Schiff* an der Spitze ersuchten das Staatssekretariat in einem Memorandum, daß die Beschränkung der Immigration nicht auf diejenigen Familien Anwendung finden möge, die zur Zeit der Pogrome in der Ukraine gelebt haben. Eine Reihe führender Kongreßmitglieder versicherte den Ueberreichern des Memorandums diesen Vorschlag zu unterstützen, sodaß auf einen Erfolg in dieser Sache zu rechnen ist. (Lemberger Tagblatt.)

— Dem „American Israelite“ zufolge sind von dem „Departement of Christiana Amerikanization“ 100000 Doll. für Bekehrung von Juden ausgesetzt worden. Auf die heftigen Proteste der amerikanischen Juden ist eine Aussprache zustande gekommen, worin der Rev. Wm. C. Emhardt erklärte, daß sie nur solche Juden gemeint hätten, die bereits von dem Glauben ihrer Väter abgefallen seien, und daß sie damit den amerikanischen Patriotismus der Juden nicht in Frage stellen wollten.

Palästina.

Jüdische Gesellschaft für Palästinakunde.

Der palästinensische Korrespondent der „J. P. Z.“ berichtet: In Jaffa hat sich eine Gesellschaft von jüd. Gelehrten für Palästinakunde gebildet, deren Nebengruppen sich über ganz Palästina erstrecken sollen. Dem Vortrag, den Dr. *Rosenstein* auf der ersten allgemeinen Versammlung dieser Gesellschaft über ihre Notwendigkeit und ihre Aufgaben gehalten hat, ist u. a. folgendes zu entnehmen: Zwar gebe es kein Land, über das soviel und in so vielen Sprachen geschrieben worden wäre, wie über das kleine Palästina. Aber diese Bücher, die zumeist von Theologen verfaßt sind, tragen keinen objektiven, rein wissenschaftlichen Charakter. Erst mit den Forschern *Ritter* und *Robinsohn* beginnt die Epoche der rein wissenschaftlichen Forschung in Palästina. Die Arbeiten dieser Riesenforschung sind zum größten Teil der englischen Gesellschaft Pal. Expl. Fund. und zum kleineren Teil dem Deutschen Pal. Verein, zu verdanken. Es muß zugegeben werden, daß besonders die erstgenannte Gesellschaft Bedeutendes auf diesem Gebiete geleistet hat. Man kann sagen, daß Palästina, das vorher in wissenschaftlichem Sinne eine terra incognita war, jetzt dank diesen Gesellschaften wissenschaftlich erforscht ist. Trotzdem ist eine jüd. Gesellschaft für Palästinakunde notwendig. Erstens interessieren sich jene Gesellschaften hauptsächlich für die Erforschung derjenigen Orte, die für die Bibelforschung von Bedeutung sind. Andererseits können die Forschungen nicht allseitig durchgeführt werden, weil die Gesellschaften ihren ständigen Sitz nicht in Palästina haben und schließlich, weil sie ihre Forschungen in solchen Sprachen herausgeben, die den meisten Juden Palästinas nicht zugänglich sind. Das waren die Gründe, die die palästinensischen jüd. intellektuellen Kräfte, die schon jetzt recht zahlreich sind, veranlaßten, eine jüd. Gesellschaft zu gründen.

Diese Gesellschaft hat sich u. a. folgende Aufgaben gestellt: 1. Herausgabe einer wissenschaftlichen Sammelschrift, die der Erforschung des Landes dient. 2. Muster von den natürlichen Schätzen des Landes zu sammeln, um sie dem von der Gesellschdft in Jerusalem zu gründenden Museum zuzuführen. 3. Die Gründung von wissenschaftlichen Bibliotheken bei

jeder mindestens 100 Mitglieder zählenden Gruppe. 4. Die Veranstaltung von wissenschaftlichen Vorträgen über Landeskunde für die Mitglieder wie auch populärer Vorträge für weitere Kreise. 5. Herausgabe von Originalschriften, sowie Uebersetzungen und Volksliteratur über verschiedene sich auf die Erforschung des Landes beziehende Themata. 6. Die Anordnung spezieller Erforschung der verschiedenen der Landeskunde angehörenden Fächer. 7. Organisation von Exkursionen in verschiedene Teile des Landes. 8. Die Anknüpfung von Verbindungen mit verschiedenen wissenschaftlichen Gesellschaften und Instituten des In- und Auslandes, um gemeinsam auf diesem Gebiete zu arbeiten. Die Mittel will die Gesellschaft aus Mitgliedsbeiträgen und Unterstützungen seitens der verschiedenen Institutionen aufbringen.

— Der palästinensische Korrespondent der „Neuen Zürcher Zeitung“ berichtet: In den letzten Wochen hat der Verkehr im Hafen Jaffas bedeutend zugenommen. Es vergeht kein Tag, ohne dass einer, mitunter auch zwei oder mehr Dampfer vor dem Felsenkranz des Hafens anlegen. Neulich kamen an einem Tage nicht weniger als vier Dampfer verschiedener Gesellschaften, mit Passagieren und Waren für Palästina.

Am 1. Dezember ist zum erstenmal seit August 1914 auch das deutsche Schiff „Smyrna“ mit Waren für Palästina angekommen. Die Erlaubnis zur Ausladung liegt bereits vor. Der Dampfer bringt Bauholz, Eisenmöbel, Haushaltartikel, Nähmaschinen und Petrollampen für Palästina und Syrien.

Mit dem Beginn der Regenperiode hat die Badesaison in den Heilquellen von Tiberias eingesetzt. Der Verkehr zwischen der Eisenbahnstation Samach (an der Linie Haifa-Deraa) und der Stadt Tiberias, der sich bisher mittelst eines Dampfbootes auf dem Tiberiasee abwickelte, mußte infolge der Winterstürme eingestellt werden. Dafür hat die „Genezaret-See-Gesellschaft“ beschlossen, zwischen Samach, Kineret, Tiberias, Nazareth, Rosch-Pina und Safed einen Automobilverkehr einzuführen, der die Siedlungen Unter- und Obergaliläas verbinden soll. Der Beschluss tritt sofort in Kraft.

— „Haaretz“ vom 3. Dez. veröffentlicht einen von Dr. A. *Zifroni* im Namen des palästinensischen provisorischen Rates (Waad Hasmani) unterschriebenen Brief, dem die „J.P.Z.“ folgendes entnimmt: Der Waad Hasmani sammelt Material über die Frage der Selbstverwaltung der Juden in Palästina, um auf Grund dieses Materials der zukünftigen Delegiertenversammlung ausführliche Vorschläge zu unterbreiten. Er benötigt Material über die Ordnung der jüd. Gemeinden in denjenigen Ländern, wo diese mehr oder weniger autonom sind. Der Waad Hasmani wendet sich also mit der Bitte an alle, die im Besitze solchen Materials sind oder sich in dieser Frage spezialisiert haben, das Material oder ausführliche Berichte dem Waad zuzusenden. Gleichzeitig werden die jüdischen Zeitungen aller Länder gebeten, diesen Brief abzudrucken.

— Auf einer jüd. Bauernversammlung in Rischon-le-Zion hat man beschlossen, den Vorschlag Ussischkins anzunehmen, der dahin geht, 500 Dunam von den Dünen dem Nationalfonde abzutreten, um sie aus den Mitteln des Nationalfonds durch jüd. Arbeiter aufforsten zu lassen.

— Die Arbeits-Erziehungskommission, die neben dem Waad-Hazirim in Palästina tätig ist, hat in letzter Zeit 303 Waisen zu verschiedenen Berufsarbeitern, wie Schneider, Schuhmacher, Schmiede, Maschinisten usw. in die Lehre gegeben.

—Seit Anfang Dez. erscheint in Jerusalem eine amerikanische Tageszeitung in englischer Sprache, die sich „Jerusalem News“ betitelt.

Schweiz.

Lawinenunglück in Davos.

Infolge starken Schneefalls ereignete sich am 23. Dez. in Davos ein tragisches Unglück. Eine der Lawinen, die durch das Schiatobel hinuntersauste, stürzte sich mit ungehemmter Kraft u. a. auch auf die jüdische Heilstätte „Ethania“, die erst kürzlich auf Anregung des Herrn A. I. *Rom* von der Schweizer Judenheit für 575.000 Franken erworben und am 16. Juni d. J. eingeweiht worden war. Die Schneemassen, die auch auf die weiter unten liegenden Häuser fielen, drangen, ohne die Außenmauern zu beschädigen, durch Türen und Fenster auf der Bergseite ein, drückten im Innern der Häuser Wände und Türen ein, stürzten durch Treppenhäuser und Lichtschächte hinunter, die Zimmer, Gesellschaftsräume und sogar teilweise noch die Kellerräumlichkeiten mit Schnee füllend. Unter den 6 Toten, die das Unglück forderte, sind anch 2 jüdische Opfer zu beklagen, die jedoch nicht im jüdischen Sanatorium, sondern im Sanatorium Davos Dorf vom Tode ereilt wurden. Es sind dies die Krankenschwester Berta Silberer aus Zürich und die zur Kur in Davos weilende Rebekka Vaksmann aus Kischinew.

Die jüdische Heilstätte „Ethania“ selbst hat, abgesehen von dem gewaltigen Materialschaden, der mit Fr. 125,000.— nicht zu hoch angegeben sein dürfte, glücklicherweise kein Menschenleben zu beklagen. Dank der Geistesgegenwart und Energie des Chefarztes Dr. *Oeri* gelang es, die Patienten an der Südterrasse der Heilanstalt zu bergen und sie von der Flucht auf die Strasse abzuhalten, wo sie zweifellos von den nachfolgenden Lawinen verschüttet worden wären. Später konnten sämtliche Patienten und Angestellte unversehrt die Heilstätte verlassen. Durch die rührige Arbeit der Lokalkommission Davos sind sämtliche Patienten in zwei Sanatorien bis auf weiteres untergebracht. Die Verhandlungen mit einem Sanatorium sind soweit gediehen, dass dort die Patienten sofort einziehen und in der gleichen zuverlässigen Weise wie in der „Ethania“ verpflegt werden können bis der Betrieb der jüd. Heilstätte „Ethania“ wieder aufgenommen werden kann.

— Am 25. Dez. fand in Zürich der Delegiertentag des Misrachi-Verbandes der Schweiz statt. In dem Berichte über die Tätigkeit der Landesorganisation erwähnte der Präs. A. I. *Rom* die Gründung einer neuen Gruppe in Genf, der weitere Gründungen alsbald folgen dürften. Besondere Erwähnung verdient die sich unter Leitung von Prof. *Da Fano* glänzend entwickelnde Jugendgruppe. Die Landesorganisation gibt auch die Misrachi Monatschrift heraus. Ein Grossteil der Diskussion beschäftigte sich mit der zion. Jahreskonferenz, die infolge Verschiebung der letzteren ihre Aktualität verloren hat. Des weiteren wurden die verschiedenen auf der Misrachi-Weltkonferenz zu vertretenden Forderungen besprochen. Bei den Wahlen wurde *A. J. Rom* als Delegierter zur Misrachi-Weltkonferenz gewählt.

Die „J.P.Z.“ ist eine Privatagentur — Druck von Kopp-Tanner, Zürich

